

stand des körperlichen, geistigen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wohlbefindens; ein Zustand der Harmonie miteinander, mit der natürlichen Umwelt und mit Gott“) nicht unbesehen übernehmen kann. Anzuerkennen ist jedoch Potters Bemühen um *Selbstkritik* wie um die Hervorhebung der *spirituellen Dimension* des kirchlichen Heils- und Heilungsauftrags.

Der Generalsekretär zielte mit der Schwerpunktsetzung seines Dresdner Berichts auch schon auf das Thema

der Vollversammlung von 1983 „Jesus Christus, das Leben der Welt“. Es wird viel davon abhängen, ob und wie es gelingt, neben der Arbeit an den oben aufgezählten Programmbereichen dieses Leitwort *theologisch zu füllen*. In Dresden wurden erste Unterthemen formuliert: Leben, eine Gabe Gottes; Leben inmitten des Todes; Leben in seiner ganzen Fülle und Leben in Einheit. Als Erläuterung zum letzten Punkt war zu lesen: „In unserer gespaltenen Welt sind die Kirchen aufgerufen, Schranken untereinander und

in der Welt niederzureißen.“ Auch nach der Zentralaussschußtagung in Dresden, die fast ausschließlich mit der Fortschreibung programmatischer Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen der letzten Jahre beschäftigt war, bleibt im Vorblick auf Vancouver offen, ob der Weltrat der Kirchen die Kraft aufbringen wird, die entscheidende Frage nach der *Einheit* neu in den Mittelpunkt zu stellen und von dort aus seine vielfältigen Programme und Aktivitäten kritisch zu überprüfen. U. R.

Entwicklungen

Österreich: die Protestbewegungen assimiliert

Österreich ist nach wie vor der einzige Staat der ganzen Welt, in dem *der Betrieb von Atomkraftwerken gesetzlich verboten ist*. Schon seit geraumer Zeit drängen Teile der Industrie, Sprecher der Wirtschaft und vor allem *Anton Benya*, der Präsident des mächtigen Gewerkschaftsbundes, auf eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes. Auch die Regierung Kreisky will das bereits seit zweieinhalb Jahren fertiggestellte, aber eingemottete Atomkraftwerk Zwentendorf in der Nähe von Wien in Betrieb nehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Österreichische Volkspartei (ÖVP) die Verantwortung dafür voll mitträgt. Die Volkspartei hingegen ist trotz heftiger interner Spannungen zwischen dem Arbeitnehmerflügel, der eher für das Atomsperrgesetz eintritt, und den atomfreundlichen Wirtschaftskreisen hart geblieben: sie gibt keine Zustimmung zur Änderung des Atomsperrgesetzes, die einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Nachwirkungen des Zwentendorf-Debakels

So bleibt das *Atomkraftwerk Zwentendorf*, das mit einem Kostenaufwand von umgerechnet 1,3 Milliarden DM errichtet wurde, auch weiterhin die teuerste Ruine Österreichs, und die Problematik der Atomenergie bleibt allein und ausschließlich von parteipolitischen Erwägungen bestimmt. Ausgangspunkt für diese Lage war die *Volksabstimmung* im November 1978, die Bundeskanzler *Bruno Kreisky* knapp vor der geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf durchführen ließ. Kreisky

stand damals unter dem Eindruck der Wahlniederlage seines Freundes *Olof Palme* in Schweden, die vor allem durch das Atom-Thema bestimmt gewesen war. Aus diesem Grund wollte sich Kreisky noch vor Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes die Rückendeckung einer Volksabstimmung sichern, deren Ausgang überhaupt nicht zweifelhaft schien: Die sozialistische Regierungspartei mit ihrer absoluten Mehrheit war eindeutig dafür, der Gewerkschaftsbund unterstützte massiv diese Linie, die gesamte Elektrizitätswirtschaft, die Industrie und weite Kreise der übrigen Wirtschaft traten ebenfalls für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ein. Eine aufwendige Werbekampagne, die sowohl von der Industrie als auch von der SPÖ finanziert wurde, sorgte für eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Die ÖVP als große Oppositionspartei gab ihren Wählern keine Empfehlung, wie sie sich bei der Volksabstimmung verhalten sollten, und nur die kleine Freiheitliche Partei (FPÖ) war relativ geschlossen dagegen. So konzentrierte sich die Opposition gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft auf einige Alternativgruppen, auch innerhalb der SPÖ, die aber quantitativ kaum ins Gewicht fielen. Alle Meinungsforschungsergebnisse erbrachten daher die einhellige Prognose, daß mit einem breiten Ja zugunsten der Atomkraftwerke zu rechnen sei. Knapp vor der Volksabstimmung kam es jedoch zu einem folgenschweren taktischen Fehler von Bruno Kreisky, der sich sonst immer wieder aufs neue als Meister der politischen Taktik erweist: Kreisky erklärte im Fernsehen, er sehe im Ausgang dieser Volksabstimmung so etwas ähnliches wie eine „*Vertrauensfrage*“ gegenüber seiner Person, und er schloß seinen Rücktritt nicht aus, wenn sich eine

Mehrheit gegen die Atomkraft finden sollte. Mit einem Schlag waren damit alle politischen Gegner Kreiskys vor die peinliche Situation gestellt, daß jede Stimme zugunsten der Atomkraft als persönlicher Vertrauensbeweis für Kreisky gedeutet werden könnte, und vielen Wählern der Opposition erschien dieser Zusammenhang als unzumutbar. Inmitten dieser Unsicherheit gewann die Anti-Atom-Propaganda der zahlenmäßig relativ kleinen Alternativgruppen, die mit großem Fleiß und viel Eifer agierten, zusehends an Boden – vor allem in der jungen Generation, auch und gerade im kirchlichen Bereich. Gegenüber der ungewöhnlichen Allianz „oben“ (SPÖ, Gewerkschaftsbund, Industrie-Wirtschaft) bildete sich nunmehr auch „unten“ eine ebenso unkonventionelle Partnerschaft zwischen Alternativgruppen verschiedener Prägung, Jugendgruppen diverser Herkunft, katholischen Aktivisten, Wählern der ÖVP und FPÖ sowie linkssozialistischen Opponenten innerhalb der SPÖ bis hin zu den sonst völlig bedeutungslosen Restbeständen der auf 2 Prozent der Wähler zusammengeschrumpften Kommunistischen Partei (KPÖ).

Das Ergebnis dieser Volksabstimmung erbrachte eine von niemandem für möglich gehaltene Überraschung: 50,5 Prozent der Stimmbürger sprachen sich gegen die Atomenergie in Österreich aus, und das Parlament in Wien beilegte sich unter dem Schock dieses Ergebnisses, die Erzeugung von Elektrizität mit Hilfe von Atomkraft prinzipiell zu verbieten. Obwohl dieses *Atomsperrgesetz* niemals in den Verfassungsrang erhoben wurde, entschloß sich die sozialistische Parlamentsmehrheit, jede Änderung des Atomsperrgesetzes an eine Zweidrittelmehrheit zu binden. Damit war jenes Patt besiegelt, aus dem die politischen Parteien in Österreich nicht mehr herausfinden.

Kernenergiegegner keine Randgruppe

Indessen kommt es alle paar Monate zu einem *neuen Versuch, die Dinge zu ändern*. Der Finanzminister weist immer wieder darauf hin, wie viele Milliarden für Ölimporte gezahlt werden müssen, die man durch die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf wenigstens zu einem Teil einsparen könnte. Der Handelsminister warnt davor, daß Österreich keine Reserven für seine Stromerzeugung mehr besitze und daß die Stromversorgung in Österreich möglicherweise schon im kommenden Winter vor ernststen Engpässen stehe. Die Industrie erinnert daran, welche wichtige Rolle der Strompreis für die Wirtschaft spielt und daß es ein unverantwortlicher Luxus sei, auf preisgünstigen Atomstrom aus einem fertigen Kernkraftwerk zu verzichten. Der Bundeskanzler forderte die ÖVP auf, einer Änderung des Atomsperrgesetzes zuzustimmen oder wenigstens eine freie Abstimmung im Parlament ohne Klubzwang zuzulassen, andernfalls sei es die Schuld der Volkspartei, wenn Österreich eines Tages nicht mehr genug Strom habe. VP-Bundesparteiobermann Alois Mock beharrt jedoch auf dem Standpunkt seiner Partei: Die sozialistische Regierung sei für die Energiepolitik im Lande

allein verantwortlich, sie könne mit ihrer absoluten Mehrheit alle notwendigen gesetzlichen Maßnahmen allein beschließen. Überdies sei das Ergebnis einer Volksabstimmung, wie immer dieses ausfällt, zu respektieren. Da sich in den Sicherheitsfragen für den Betrieb von Atomkraftwerken seit 1978 nichts geändert habe, sehe die ÖVP keinen Grund, ihre Haltung zu ändern.

Prinzipielle Atomgegner wenden ein, daß der *Energieverbrauch* in Österreich ohnehin allmählich zurückgehe, und es sei lächerlich, von einer Bedrohung der österreichischen Stromversorgung zu sprechen, solange erhebliche Strommengen ins Ausland exportiert werden – beispielsweise von den Illwerken in Vorarlberg in die Bundesrepublik. Die pragmatischen Techniker in der österreichischen Energiewirtschaft haben mittlerweile begonnen, die letzten Reserven bisher ungenutzter Wasserkraft auszuwerten: Bei Melk entsteht ein neues, gigantisches Donaukraftwerk, an der Mur werden mit Nachdruck weitere Laufkraftwerke errichtet, und in Osttirol sollen sogar die Gletscherbäche des Großvenediger verbaut werden, was nun die Naturschützer und Fremdenverkehrsfachleute auf den Plan gerufen hat ...

Hinter diesen vordergründigen Entwicklungen hat sich angesichts der Gegebenheiten ein wichtiger *politischer Effekt* ergeben: Ganz anders als in der Bundesrepublik sind die *Atomgegner* in Österreich in keiner Phase isoliert, an den Rand der Gesellschaft abgedrängt oder radikalisiert worden. Sie wurden daher auch nicht zu einer Keimzelle emotionaler Massenbewegungen. Sie sind vielmehr assimiliert oder zumindest domestiziert worden. Dabei hat nicht politische Klugheit die Regie geführt, es gab auch keine weitsichtige Vorausschau der Entwicklungen, sondern Pannen, Fehler und die Verliebtheit in taktische Finten führten insgesamt zu diesem Ergebnis. Andererseits haben alle diese Begleitumstände in Österreich eine viel tiefergehende Skepsis gegenüber der Atomkraft mit sich gebracht, als sie in anderen Industrieländern beobachtet werden kann. Diese Skepsis ist in der Regel kaum rational begründet. Sie basiert vielmehr hauptsächlich auf der Ungewißheit, die sich durch die entgegengesetzten Aussagen der Fachleute ergibt und auf einem instinktiven Unbehagen. Dazu kommt gewiß noch der Umstand, daß sich der Österreicher in gewissem Sinn geschmeichelt fühlt, wenigstens in einem Bereich etwas völlig anderes zu tun als die ganze übrige Welt: Für Originalität, die auch im Eigensinn oder Querköpfigkeit umschlagen kann, hat man in der Alpenrepublik schon immer viel übergeholt ...

Es ist bemerkenswert, daß sich auch bei den „grünen“ *Bewegungen* in Österreich eine ähnliche Entwicklung ergab. Auch hier scheinen die Erfahrungen im Ausland eine bestimmende Rolle zu spielen, getreu dem Spruch: „In Österreich passiert alles ein bißchen später, aber dafür net so arg.“ So bemühte sich zunächst vor allem die ÖVP in der Bundeshauptstadt Wien um die alternative Szenerie, mit dem Ziel, oppositionelles Potential gegen die herrschende sozialistische Mehrheit zu gewinnen. Später schlossen sich langsam und vorsichtig auch andere Landesorganisationen der ÖVP dieser Strategie an, nicht

primär aus Gründen der Überzeugung, sondern eher aus taktischen Überlegungen.

Zur gleichen Zeit setzte auch *innerhalb der Kirchen* ein Umdenken ein, und *Erich Fromms* Buch „Haben oder Sein“ wurde zu einem Bestseller – gerade in katholischen und evangelischen Kernschichten. „Christen leben anders“ – diese Parole stand plötzlich als Motto über vielen Werktagungen christlicher Bildungsarbeit. *Christof Gaspari* und *Hans Millendorfer* arbeiteten das Thema auch theoretisch auf und versuchten, mit ihren „Konturen einer Wende – Strategien für die Zukunft“ Anhaltspunkte für die Änderung von Verhaltensweise und für die Grundsätze eines Wertesystems der Zukunft zu geben.

Am spätesten besann sich die sozialistische Partei dieser Problematik. Längere Zeit hindurch fühlten sich die „Grünen“ innerhalb der SPÖ von ihrer eigenen Parteiführung alleingelassen, in manchen Bereichen der Partei kam es sogar zu einem betont harten, ja unduldsamen Kurs gegenüber der parteiinternen „grünen“ Opposition. Auf diese Weise versuchte die Partei, von vornherein alle Entwicklungen abzublocken, die bei der SPD so stark und nachhaltig zu beobachten sind und die in der SPÖ als gefährlich, ja als „selbstmörderisch“ empfunden werden. Erst in allerjüngster Vergangenheit mehren sich da und dort die parteiinternen Versuche, die eigenen „grünen“ Strömungen besser zu integrieren, Exponenten dieser Richtung werden sogar auf Kandidatenlisten gesetzt, wenn auch keineswegs an prominenter Stelle. Durch den Druck der Wiener ÖVP, die die Abnützungerscheinungen der seit fast 70 Jahren in Wien vorherrschenden Sozialisten zum Ziel einer permanenten Generaloffensive macht, hat sich in erster Linie die Wiener SPÖ zu Konzessionen an „grüne“ Strömungen genötigt gesehen. Aber auch in anderen sozialistischen Landesorganisationen gibt es Anzeichen in ähnlicher Richtung.

Diese vielfältigen, wenn auch recht widersprüchlichen Bemühungen haben bis jetzt das Entstehen autonomer „grüner“ Bewegungen in Österreich verhindert. Auf der anderen Seite ist „grünes“ Gedankengut vielleicht tiefer als anderswo in die überkommenen und etablierten Institutionen und politischen Parteien eingesickert. Ein Hinweis dafür sind die zahllosen *Bürgerinitiativen*, die sich allerdings fast ausschließlich aufgrund bestimmter lokaler Vorkommnisse gebildet haben und die durch eine inhaltlich begrenzte, aber sehr konkrete Zielsetzung gekennzeichnet sind. „Grüne Listen“ gibt es daher bisher weder auf Bundesebene noch in den Landtagen, sie spielen nur in einzelnen Gemeinden, so etwa in Salzburg-Stadt, eine gewisse Rolle.

Diffuse, aber integrierte Friedensbewegung

Auch hinsichtlich der relativ breiten, wenn auch in ihren Motiven und Zielsetzungen recht diffusen *Friedens-Bewegung* gelang es in Österreich bisher, überspitzten Dogma-

tismus und Radikalismus zu vermeiden. Der gängige österreichische Pragmatismus, der sich nicht primär um präzise inhaltliche Klarstellung kümmert, mag diesen Bemühungen entgegenkommen. Dazu kommt noch, daß Österreich durch seinen neutralen Status nicht direkt durch die Pläne, Raketen oder Atomwaffen zu stationieren, betroffen ist. Und schließlich ist nicht zu übersehen, daß Österreich als kleines, neutrales Land mit einer langen Grenze entlang des nach wie vor bestehenden „Eisernen Vorhangs“ instinktiv weiß, daß seine Unabhängigkeit nur durch ein einigermaßen ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten gesichert ist. Ohne Amerikaner wäre diese Balance unmöglich. Hinter dieser pragmatischen Einsicht stehen alle Spekulationen prinzipieller Art zurück.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß in Österreich die grundsätzliche Diskussion um Frieden und Friedenssicherung als uninteressant empfunden würde. Ganz im Gegenteil! Diese Auseinandersetzung wird nun schon seit geraumer Zeit geführt, zum Teil mit Leidenschaft. Einerseits entzündet sich diese Debatte immer wieder an der *Frage der Zivildienstleistenden*, die zahlenmäßig keine sehr große Rolle spielen, aber von den Offizieren des Bundesheeres langfristig als Bedrohung des österreichischen Milizsystems aufgefaßt werden. Nicht nur katholische Jugendorganisationen, sondern auch offizielle kirchliche Stellen haben sich wiederholt für Anliegen der Zivildienstleistenden eingesetzt, was in manchen Regionen zu Unstimmigkeiten zwischen Kommandostellen des Heeres und Kirchenleitungen führte. Außer Frage steht jedoch: Nicht zuletzt durch diese kirchliche Haltung konnte verhindert werden, daß sich die Zivildienstleistenden allein gelassen fühlten und radikalen Gruppierungen anschlossen.

Als noch viel explosiver erwies sich in der Folge das Thema der österreichischen *Panzerexporte in südamerikanische Diktaturen*. Hier schieden sich noch viel krasser die Geister, und die Proteste von katholischer Seite waren mindestens so heftig wie jene der Jusos, die weniger radikal als in der Bundesrepublik sind, da sie in der Ära Kreisky schon seit Jahren systematisch in die Partei integriert werden. Symptomatisch für die Gegensätze, die in dieser Auseinandersetzung aufeinanderprallen, war ein Handgemenge bei der Verladung von Steyr-Panzern nach Argentinien, wo sich auf der einen Seite junge katholische Aktivisten und Jungsozialisten, auf der anderen Seite sozialistische Betriebsratsobmänner und Direktoren der indirekt verstaatlichten Panzer-Firma zusammenfanden. Welche Bedeutung auch die *österreichischen Bischöfe* der Frage des Friedens beimessen, ergab sich erst kürzlich aus einer Stellungnahme des Linzer Weihbischofs *Wagner*, der gleichzeitig Sprecher der Österreichischen Bischofskonferenz ist und der in aller Klarheit und Schärfe den Rüstungswettlauf und die Neutronenbombe verurteilte. Wenn auch nicht alle seine Kollegen im Bischofsamt seine Meinung in dieser ausgeprägten Form teilen dürften, sie ist immerhin ein Indiz dafür, daß auch die Kirche in Österreich nicht mehr länger willens ist, zu derartigen Lebensfragen zu schweigen.

Fritz Csoklich